

aws Digitalisierung

spezielle Konditionen/Bedingungen

vertrauenswürdige Künstliche Intelligenz

Programmdokument gemäß Punkt 2.2. der aws Richtlinie für Förderungen aus Mitteln der Nationalstiftung für Forschung, Technologie und Entwicklung (Österreich-Fonds)

Künstliche Intelligenz (KI) hat das Potential als neue Basistechnologie die Wirtschaft und Gesellschaft von der Produktion über die Mobilität bis zum Gesundheitssektor wesentlich zu verändern. Die vom BMK (ehemals BMVIT) und vom BMDW initiierte und im November 2018 veröffentlichte „Artificial Intelligence Mission Austria 2030“ (KIM 2030) zeigt sieben konkrete Handlungsfelder auf um die Potentiale von KI zu realisieren.

Damit Österreich zu den europäischen Innovations-Leadern wie Finnland, Schweden oder Deutschland aufschließt - die bereits über eine KI-Strategie verfügen - besteht die Notwendigkeit als nächsten Schritt eine Umsetzungsstrategie mit konkreten Maßnahmen zu entwickeln. Der Österreichische Rat für Robotik und Künstliche Intelligenz erarbeitete hierzu im Whitepaper vom November 2018 die erforderlichen Eckpfeiler (<https://www.acrai.at>).

Die Nutzung von KI ist kein Selbstzweck, sondern ein innovatives „Werkzeug“, welches Wachstumschancen für die Wirtschaft von Gründungen bis zur Industrie eröffnet. In zentralen Zukunftsbranchen wie Energie, Umwelt- und Klimaschutz, Informations- und Kommunikationstechnologien, Produktion, Mobilität und Gesundheit bietet KI die Möglichkeit, durch innovative Lösungen völlig neue Produkte und Dienstleistungen zu schaffen.

Unternehmen sehen sich jedoch im Einsatz von KI mit hohen Markteintrittshürden konfrontiert, insbesondere im Bereich des sicheren, nachvollziehbaren und vertrauenswürdigen Einsatzes und den damit einhergehenden wirtschaftlichen Risiken z.B. im Bereich der Produkthaftung oder der Userakzeptanz.

Zur Überwindung dieser Hürden und als Beitrag zum verantwortungsvollen Einsatz von Technologien für die Gesellschaft durch die Wirtschaft wurde als besondere Kondition der aws Digitalisierungsförderungen „KIplus“, finanziert aus Mitteln der Nationalstiftung für Forschung, Technologie und Entwicklung (Österreich-Fonds), geschaffen.

Inhaltsverzeichnis

1	Ziele der Förderungsmaßnahme	3
2	Definitionen	3
2.1	Künstlicher Intelligenz	3
2.2	Vertrauenswürdige Künstliche Intelligenz	3
2.3	Innovation	3
2.4	Innovatives Unternehmen	4
2.5	Junge Unternehmen gemäß AGVO Art. 22	4
2.6	Forschungs- und Entwicklungsprojekt	4
2.7	Experimentelle Entwicklung	4
3	Rechtliche Grundlagen	5
4	Förderungswerbende	5
5	Förderungsfähige Vorhaben, Förderungsart, -höhe und Vorhabenszeitraum	6
5.1	Förderungsfähige Vorhaben	6
5.2	Förderungsart	6
5.3	Förderungshöhe	6
5.4	Projektlaufzeit	7
6	Förderbare und nicht förderbare Projektkosten	7
6.1	Förderbare Projektkosten	7
6.1.1	Personalkosten	7
6.1.2	Sachkosten	8
6.1.3	Reisekosten	8
6.1.4	Drittkosten	8
6.1.5	Umsatzsteuer	9
6.1.6	Nicht förderbare Kosten	9
6.1.7	Nicht förderbare Sachkosten	9
6.1.8	Nicht förderbare Personalkosten	10
6.1.9	Nicht förderbare sonstige Kosten	10
7	Einreich-, Bewertungsverfahren, Auswahlkriterien	10
7.1	Einreichverfahren	10
7.2	Bewertungsverfahren	11
7.3	Auswahlkriterien	11
8	Auszahlung	12
9	Geschlechtsdifferenzierte Erhebung personenbezogener Daten	13
10	Indikatoren zur Prüfung der Zielerreichung	13
11	Monitoring und Evaluierungskonzept	13
12	Öffentlichkeitsarbeit	14
13	Laufzeit des Programms	14

1 Ziele der Förderungsmaßnahme

Ziel des Förderungsprogramms ist die Anzahl an vertrauenswürdigen innovativen KI-Vorhaben in Österreich zu steigern.

Dazu wird die Pilotierung und erste Umsetzung von neuen, skalierungsfähigen, innovativen und digitalen Dienstleistungen, Produkten, Geschäftsmodellen und Marketinginnovationen in den Handlungsfelder Energie, Umwelt- und Klimaschutz, Information- und Kommunikationstechnologien, Produktion, Mobilität und Gesundheit mittels Einsatzes von vertrauenswürdiger KI unterstützt.

Um den sicheren und verantwortungsvollen Umgang von KI in Unternehmen in Österreich zu unterstützen, werden Guidelines für vertrauenswürdige KI auf ihre Praxisfähigkeit getestet, auf regulatorische Kompatibilität geprüft, bei Bedarf weiterentwickelt und in die Zukunftssektoren disseminiert. Ziel ist es, den Auftakt für einen verantwortungsvollen Einsatz von KI als integralen Teil jedes KI Vorhabens in der Wirtschaft zu verankern. Die Förderungsmaßnahme wird durch Capacity Building Maßnahmen begleitet.

2 Definitionen

2.1 Künstlicher Intelligenz

Für „Künstlicher Intelligenz“ und „vertrauenswürdiger Künstlicher Intelligenz“ werden im Rahmen dieses Programmdokuments, die Definitionen der Europäischen Kommission verwendet:

Unter „Künstlicher Intelligenz“ (KI) sind vom Menschen entwickelte Software- (und möglicherweise auch Hardware-) Systeme, die in Bezug auf ein komplexes Ziel auf physischer oder digitaler Ebene agieren, indem sie ihre Umgebung durch Datenerfassung wahrnehmen, die gesammelten strukturierten oder unstrukturierten Daten interpretieren, Schlussfolgerungen daraus ziehen oder die aus diesen Daten abgeleiteten Informationen verarbeiten und über die geeignete(n) Maßnahme(n) zur Erreichung des vorgegebenen Ziels entscheiden, zu verstehen. KI-Systeme können entweder symbolische Regeln verwenden oder ein numerisches Modell erlernen, und sie können auch ihr Verhalten anpassen, indem sie analysieren, wie die Umgebung von ihren vorherigen Aktionen beeinflusst wird.

2.2 Vertrauenswürdige Künstliche Intelligenz

Unter einer „vertrauenswürdigen KI“ werden KI-Systeme verstanden, die zumindest die drei nachfolgenden Eigenschaften während des gesamten Lebenszyklus des Systems erfüllen:

- sie sind rechtmäßig und halten geltendes Recht und alle gesetzlichen Bestimmungen ein und
- sie sind ethisch, indem sie ethische Grundsätze und Werte einhalten und garantieren und
- sie sind robust sowohl in technischer, als auch in sozialer Hinsicht, da KI-Systeme möglicherweise unbeabsichtigten Schaden verursachen können, selbst wenn ihnen gute Absichten zugrunde liegen.

2.3 Innovation

Unter „Innovation“ werden im Rahmen dieses Programmdokuments vier Arten von Innovationen verstanden:

- Produktinnovationen
 - Ein Produkt oder eine Dienstleistung, die neu oder signifikant verbessert ist. Das beinhaltet signifikante Verbesserungen in technischen Spezifikationen, Komponenten und Materialien, Software in Produkten, Nutzungsverbesserungen oder andere wesentliche funktionale Eigenschaften.

- Prozessinnovationen
 - Eine neue oder signifikant verbesserte Produktions- oder Bereitstellungsmethode. Das beinhaltet signifikante Verbesserungen in Technologien, Ausrüstung und/oder Software.
- Marketinginnovationen
 - Eine neue Marketingmethode, welche signifikante Änderungen in Produktdesign –oder Verpackung, Produktpromotion oder –preisen beinhaltet.
- Organisationsinnovationen
 - Eine neue Organisationsmethode in Geschäftsprozessen, Arbeitsplatzorganisation oder externen Unternehmensbeziehungen.

2.4 Innovatives Unternehmen

Bei Förderungswerbenden handelt es sich um ein **innovatives Unternehmen**, wenn:

- in absehbarer Zukunft Produkte, Dienstleistungen oder Verfahren entwickeln werden, die neu oder verglichen mit dem Stand der Technik in dem jeweiligen Wirtschaftszweig wesentlich verbessert sind und die das Risiko eines technischen oder industriellen Misserfolgs in sich tragen, oder
- Forschungs- und Entwicklungs (F&E) - Aufwendungen der Förderungswerbenden zumindest in einem der drei Jahre vor Gewährung der Beihilfe oder, im Falle eines neu gegründeten Unternehmens ohne abgeschlossenes Geschäftsjahr im Rahmen des Audit des laufenden Geschäftsjahres, mindestens 10% seiner gesamten von einem externen Rechnungsprüfer beglaubigten Betriebsausgaben ausmachen.

2.5 Junge Unternehmen gemäß AGVO Art. 22

Junge Unternehmen im Sinne des Art. 22 AGVO sind nicht börsennotierte Unternehmen, deren Eintragung ins Firmenbuch nicht länger als 5 Jahre (keine Aufnahme der Geschäftstätigkeit laut Firmenbuch) alt sind, die keine Unternehmensübernahmen sind, die keine Gewinne ausgeschüttet und die nicht durch einen Zusammenschluss gegründet wurden.

2.6 Forschungs- und Entwicklungsprojekt

Ein Forschungs- und Entwicklungsprojekt (F&E-Projekt) ist ein Vorhaben, das Tätigkeiten umfasst, die unter eine oder mehrere der F&E Entwicklungskategorien Grundlagenforschung, Industrielle Forschung oder Experimentelle Entwicklung fallen, und das darauf abzielt, eine genau definierte unteilbare Aufgabe ökonomischer, wissenschaftlicher oder technischer Art mit klar festgelegten Zielen durchzuführen.

Ein F&E-Vorhaben kann aus mehreren Arbeitspaketen, Tätigkeiten oder Dienstleistungen bestehen und umfasst klare Ziele, die Tätigkeiten, die zur Erreichung dieser Ziele durchzuführen sind (einschließlich der voraussichtlichen Kosten), und konkrete Vorgaben, anhand derer die Ergebnisse dieser Tätigkeiten festgestellt und mit den einschlägigen Zielen verglichen werden können. Wenn zwei oder mehr F&E-Vorhaben nicht eindeutig voneinander getrennt werden können und einzeln betrachtet keine Aussicht auf technologischen Erfolg haben, werden sie als ein einziges Vorhaben betrachtet.

2.7 Experimentelle Entwicklung

Unter „experimentelle Entwicklung“ wird Erwerb, Kombination, Gestaltung und Nutzung vorhandener wissenschaftlicher, technischer, wirtschaftlicher und sonstiger einschlägiger Kenntnisse und Fertigkeiten mit dem Ziel, neue oder verbesserte Produkte, Verfahren oder Dienstleistungen zu entwickeln, verstanden. Dazu zählen zum Beispiel auch Tätigkeiten zur Konzeption, Planung und Dokumentation neuer Produkte, Verfahren und Dienstleistungen.

Die experimentelle Entwicklung kann die Entwicklung von Prototypen, Demonstrationsmaßnahmen, Pilotprojekte sowie die Erprobung und Validierung neuer oder verbesserter Produkte, Verfahren und Dienstleistungen in einem für die realen Einsatzbedingungen repräsentativen Umfeld umfassen, wenn das Hauptziel dieser Maßnahmen darin besteht, im Wesentlichen noch nicht feststehende Produkte, Verfahren oder Dienstleistungen weiter zu verbessern.

Die experimentelle Entwicklung kann die Entwicklung von kommerziell nutzbaren Prototypen und Pilotprojekten einschließen, wenn es sich dabei zwangsläufig um das kommerzielle Endprodukt handelt und dessen Herstellung allein für Demonstrations- und Validierungszwecke zu teuer wäre.

Die experimentelle Entwicklung umfasst keine routinemäßigen oder regelmäßigen Änderungen an bestehenden Produkten, Produktionslinien, Produktionsverfahren, Dienstleistungen oder anderen laufenden betrieblichen Prozessen, selbst wenn diese Änderungen Verbesserungen darstellen sollten.

3 Rechtliche Grundlagen

Grundlage für das gegenständliche Programmdokument ist die „aws-Richtlinie“ für Förderungen aus Mitteln der Nationalstiftung für Forschung, Technologie und Entwicklung vom Jänner 2019 („die Richtlinie“), die durch das vorliegende Programmdokument näher spezifiziert wird, unter Einbeziehung folgender EU-rechtlicher Grundlagen:

- Verordnung (EG) Nr. 1407/2013 der Kommission vom 18. Dezember 2013 über die Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf „De-minimis“-Beihilfen, veröffentlicht im Amtsblatt der Europäischen Union, ABl. L 352 vom 24.12.2013 (kurz „de-minimis“-Verordnung).
- Verordnung (EU) Nr. 651/2014 der Kommission vom 17. Juni 2014 zur Feststellung der Vereinbarkeit bestimmter Gruppen von Beihilfen mit dem Binnenmarkt in Anwendung der Art. 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union, ABl. L 187/1 vom 26. Juni 2014 (Allgemeine Gruppenfreistellungsverordnung, kurz: "AGVO"), insbesondere
 - Art. 22 - Beihilfen für Unternehmensneugründungen
 - Art. 25 - Beihilfen für Forschungs- und Entwicklungsvorhaben
- Bezüglich der Unternehmensgröße ist die jeweils geltende KMU-Definition gemäß EU-Wettbewerbsrecht ausschlaggebend (Definition der kleinen und mittleren Unternehmen Empfehlung 2003/361/EG der Kommission vom 06. MKI 2003, ABl. L 124 vom 20.5.2003, S 36–41). Verflochtene Unternehmen sind im Sinne dieser Empfehlung als Einheit zu betrachten.

Sämtliche Vorschriften sind in der jeweils geltenden Fassung anzuwenden.

4 Förderungswerbende

Das Förderungsprogramm richtet sich an innovative Unternehmen im zivilen Bereich, die zum Zeitpunkt der Antragstellung der Förderung eine Betriebsstätte oder Sitz in Österreich haben.

Förderungswerbende können nur außerhalb der Bundesverwaltung stehende natürliche oder juristische Personen oder Personengemeinschaften sein, die im eigenen Namen und auf eigene Rechnung ein Unternehmen betreiben oder zu betreiben beabsichtigen.

Die Vorhaben können in unterschiedlichen Unternehmensphasen unterstützt werden:

- (1) Vorgründungsphase (keine Personen- oder Kapitalgesellschaft gegründet)
- (2) Gründungs- und erste Wachstumsphase
- (3) Expansionsphase

Die Förderungsgewährung richtet sich nach der Förderungswürdigkeit und dem Förderungsbedarf des Vorhabens sowie nach der für Beihilfen anwendbare „De-minimis“-Verordnung und der AGVO anwendbaren Bestimmungen in der jeweils geltenden Fassung.

Im Übrigen gelten die Festlegungen der Richtlinie (insbesondere Punkt 4.2. „Ausschlusskriterien“).

5 Förderungsfähige Vorhaben, Förderungsart, -höhe und Vorhabenszeitraum

5.1 Förderungsfähige Vorhaben

Mit dem gegenständlichen Förderungsprogramm unterstützt die aws die experimentelle Entwicklung von eigenentwickelten neuen zivilen skalierungsfähigen Innovationen mittels des Einsatzes von vertrauenswürdiger KI.

Thematisch können innovative Vorhaben in Österreich insbesondere im Rahmen der nachfolgenden Tätigkeitsfelder der Förderwerbenden gefördert werden:

- Energie,
- Umwelt- und Klimaschutz,
- Informations- und Kommunikationstechnologien,
- Produktion,
- Mobilität und
- Gesundheit.

5.2 Förderungsart

Die Förderung erfolgt in Form von nicht rückzahlbaren Zuschüssen.

Es besteht kein dem Grunde und der Höhe nach bestimmter Rechtsanspruch auf die Gewährung einer Förderung. Die Förderung erfolgt nach Maßgabe der zur Verfügung stehenden Mittel.

5.3 Förderungshöhe

Die Förderung beträgt unter Berücksichtigung der beihilferechtlichen Obergrenzen der „de-minimis“-Verordnung und der AGVO bis zu 80 % der förderbaren Projektkosten, maximal jedoch EUR 200.000,–. Die erforderlichen Eigenanteile sind in Form von Eigenmitteln bereitzustellen, dürfen nicht durch andere Förderungen abgedeckt werden und können nicht in Form von fiktiven Unternehmenslöhnen erbracht werden.

Falls ein Projekt auch von anderen Förderungsstellen (Bund, Land, etc.) unterstützt wird, ist der kumulierte Förderungsbarwert (Subventionsäquivalent) für das Projekt zu ermitteln.

Der kumulierte Barwert aller Förderungen – einschließlich „de-minimis“-Beihilfen – darf die nachfolgend dargestellten maximal zulässigen Förderungsintensitäten nicht überschreiten.

Bei Anwendung der „de-minimis“-Verordnung darf der kumulierte Barwert aller de-minimis Förderungen, die einem Unternehmen bzw. einer Gruppe von verbundenen Unternehmen im Zeitraum von drei Steuerjahren zugesagt werden, den Höchstbetrag von EUR 200.000,– nicht überschreiten. Werden die gleichen Kosten auch durch andere Förderungen unterstützt, ist außerdem die maximal zulässige

Förderungsintensität für ein Projekt nach den entsprechenden Förderungsbestimmungen zu beachten. Für Unternehmendes gewerblichen Straßengüterverkehrs gilt ein „De-minimis“-Höchstbetrag von EUR 100.000,-;

*Bei Anwendung von **de-minimis**:*

Bis zu 80 % der förderbaren Projektkosten, maximal jedoch EUR 200.000,-

*Bei Anwendung der **AGVO, Artikel 22, Beihilfen für kleine und junge innovative Unternehmen**:*

Bis zu 80 % der förderbaren Projektkosten, maximal jedoch EUR 200.000,-

*Bei Anwendung der **AGVO, Artikel 25, für Vorhaben der experimentellen Entwicklung von innovativen KMU und GU**:*

Bis zu 25 % der förderbaren Projektkosten, maximal jedoch EUR 200.000,-

Zu den Förderungshöchstsätzen von Artikel 25 sind für Projekte von KMU zusätzliche Boni erlaubt:

- 10 Prozentpunkte für mittlere Unternehmen, somit bis zu 35 % der förderbaren Projektkosten, maximal jedoch EUR 200.000,-
- 20 Prozentpunkte für kleine Unternehmen, somit bis zu 45 % der förderbaren Projektkosten, maximal jedoch EUR 200.000,-

5.4 Projektlaufzeit

Die Projektlaufzeit wird in der Förderungsvereinbarung festgelegt und beträgt maximal 12 Monate und kann in begründeten Fällen nach schriftlicher Genehmigung durch die aws auf max. 14 Monate verlängert werden. Die Projektlaufzeit beginnt frühestens mit Antragsdatum und endet jedenfalls zum Ende der Programmlaufzeit am 30.06.2023.

6 Förderbare und nicht förderbare Projektkosten

6.1 Förderbare Projektkosten

Förderbar sind nur jene Kosten, die unmittelbar mit dem geförderten Vorhaben im Zusammenhang stehen und in jenem Ausmaß, als sie zur Erreichung des Förderungsziels unbedingt erforderlich sind und im Projektzeitraum nachweislich bezahlt worden sind. Rechnungen haben den umsatzsteuerrechtlichen Rechnungsmerkmalen zu entsprechen.

Es werden nur Kosten anerkannt, die in die förderbaren Kostenkategorien fallen, welche nachweislich nach Antragstellung und innerhalb der vereinbarten Projektlaufzeit, ab Vertragsunterzeichnung, entstanden sind. Förderbare Kosten sind Sachkosten, Personalkosten und Drittkosten, die in Zusammenhang mit den im Punkt 5 genannten Zielen und Maßnahmen anfallen.

Im Übrigen gelten die Vorgaben der unter Punkt 3 angeführten Rechtsgrundlagen im Zusammenhang mit den förderbaren Kosten.

Die Anerkennung der förderbaren Kosten hat sich an den Grundsätzen der Wirtschaftlichkeit, Sparsamkeit und Zweckmäßigkeit zu orientieren.

6.1.1 Personalkosten

Personalkosten für Personen, soweit und im Ausmaß als diese mit dem (experimentellen) Projekt beschäftigt sind, können in der Höhe anerkannt werden, in der sie gesetzlich, kollektivvertraglich, in einer Betriebsvereinbarung oder in einem branchen- und ortsüblichen Dienstvertrag rechtsverbindlich vorgesehen sind. Personalkosten von Gesellschafter*innen, die direkt und/oder indirekt über mehr als

10 % Unternehmensanteile verfügen bzw. kontrollieren, können mit maximal dem zum Zeitpunkt der Förderungszusage gültigem FWF Senior Post Doc Satz gefördert werden.

Ist das geförderte Unternehmen überwiegend öffentlich finanziert, so sind die förderbaren Personalkosten mit maximal dem zum Zeitpunkt der Förderungszusage gültigem FWF Senior Post Doc Satz förderbar.

Personalkosten sind auf Basis der Bruttogehälter und –löhne sowie der darauf bezogenen gesetzlichen Abgaben (Lohnnebenkosten) anzusetzen. Als Nachweis für die Personalkosten werden die tatsächlich aufgewendeten Gehaltskosten laut Gehaltsverrechnung (Lohnkonto) der Förderungsnehmenden herangezogen. Die Gehaltskosten sind im Ausmaß der tatsächlichen Beschäftigung für das Vorhaben förderbar. Diese ist entsprechend nachzuweisen. Im Anlassfall kann der Fördergeber eine detaillierte Aufschlüsselung der erfolgten Tätigkeiten und Zeitaufzeichnungen verlangen. Die Förderung von Tagsätzen oder ähnlich gearteten Pauschalen ist nicht möglich.

6.1.2 Sachkosten

Sachkosten sind vorhabenbezogenes Verbrauchsmaterial, geringwertige Wirtschaftsgüter, Lagerentnahmen und anteilige Lizenzgebühren, soweit und solange sie für das experimentelle Projekt eingesetzt werden. Bei Lagerentnahmen ist sicherzustellen, dass diese mit einem gesetzlich anerkannten Lagerbewertungsverfahren bewertet werden. Interne oder von verbundenen Unternehmen/Einrichtungen bezogene Leistungen sind zu Herstellkosten abzurechnen. Sachkosten können bis zur Höhe der Rechnung und der geleisteten Zahlung anerkannt werden.

Vorhabenbezogene anteilige Sachkosten (wie z.B. Laborgeräte, Prüfgeräte etc.) können unter Berücksichtigung der dementsprechenden Regelungen unter „Nicht förderbare Kosten“ im Ausmaß des Wertverlustes während des Vorhabenzeitraumes (AfA) gefördert werden.

6.1.3 Reisekosten

Reisekosten sind bis zur branchen- und ortsüblichen Höhe und nach tatsächlichen Aufwendungen förderungsfähig und haben sich an den Grundsätzen der Wirtschaftlichkeit, Sparsamkeit und Zweckmäßigkeit zu orientieren. Tag- und Nächtigungsgelder sind förderbar.

Bei den Reisekosten muss ein eindeutiger Vorhabenbezug nachgewiesen werden. Es können nur Reisekosten von am Vorhaben Mitarbeitenden abgerechnet werden.

Reisekosten (Diäten, Nächtigungskosten, Fahrtkosten, Konferenzgebühr) sind förderbar, wenn sie nach den für die Mitarbeitenden geltenden Bestimmungen als Betriebsausgaben geltend gemacht werden können.

Wenn statt Diäten Kostenersätze bezahlt werden, sind diese mit dem jeweils geltenden Taggeld begrenzt. Es gelten die gesetzlichen km-Gelder. Mit dem km-Geld sind ebenfalls Parkgebühren, Mauten (inkl. Vignette) und Treibstoff abgegolten.

Reisekosten sind für unter Art. 25 AGVO gewährte Förderungen als förderbare Projektkosten ausgeschlossen.

6.1.4 Drittkosten

Unter Drittkosten werden insbesondere Kosten für Auftragsforschung, technisches bzw. wissenschaftliches Know-how, Kosten für technische bzw. wissenschaftliche Beratung oder gleichwertige Dienstleistungen, Kosten für zugekaufte Personalleistungen (Personalleasing, Werkverträge), die ausschließlich für das geförderte Projekt genutzt werden, verstanden.

Zur Abgrenzung gegenüber den Sachkosten wird auf das Überwiegen der Dienstleistung bzw. des Sachkostenanteils abgestellt.

Honorarnoten haben eine detaillierte Darstellung der aufgewendeten Arbeitszeit zu beinhalten. Honorarnoten sind bis zu einem maximalen Stundensatz von EUR 220,- (maximaler Tagsatz von EUR 1.760,-) förderbar.

Leistungen von verbundenen Unternehmen, wie beispielsweise von ausgegliederten Tochtergesellschaften, sind förderbar, wenn die Verrechnung an den Förderungsnehmenden zu Selbstkosten und ohne Gewinnaufschläge erfolgt. Drittkosten können bis zur Höhe der Rechnung und der geleisteten Zahlung anerkannt werden.

Die Drittkosten in einem Vorhaben können maximal 49 % der förderbaren Kosten ausmachen.

6.1.5 Umsatzsteuer

Die auf die Kosten der förderbaren Leistung entfallende Umsatzsteuer ist grundsätzlich keine förderbare Ausgabe; sofern diese Umsatzsteuer aber nachweislich tatsächlich und endgültig vom Förderungsnehmenden zu tragen ist, sofern für ihn keine Vorsteuerabzugsberechtigung besteht, kann sie als förderbarer Kostenbestandteil berücksichtigt werden. Ist die Umsatzsteuer jedoch rückforderbar, so ist sie auch dann keine förderbare Ausgabe, wenn sie die Förderungsnehmende nicht tatsächlich zurückerhält. Sollte eine Förderung seitens Finanzamts nicht als Förderung, sondern als Auftragsentgelt angesehen werden und dafür vom Förderungsnehmenden eine Umsatzsteuer abzuführen sein, ist das Auftragsentgelt als Bruttoentgelt anzusehen. Eine zusätzliche, gesonderte Abgeltung der Umsatzsteuer ist somit ausgeschlossen.

Die Durchführung der Leistung muss unter Berücksichtigung der Förderung aus Bundesmitteln finanziell gesichert erscheinen und darf ohne Förderung aus Bundesmitteln nicht oder nicht im notwendigen Umfang möglich sein.

6.1.6 Nicht förderbare Kosten

Kosten, die nicht unmittelbar mit dem geförderten Projekt in Zusammenhang stehen oder die aufgrund EU-rechtlicher Bestimmungen (insbesondere aufgrund der AGVO) nicht als förderbar gelten, sind nicht förderbar.

6.1.7 Nicht förderbare Sachkosten

Von der Förderung grundsätzlich ausgeschlossen sind die Ausgaben für folgende Sachkosten:

- a. Kauf von Möbeln, Betriebsmitteln, Fahrzeugen, Infrastruktur, Liegenschaften, Gebäude, Gebäudeteile sowie Renovierungsarbeiten, d.h. Anschaffungs- oder Herstellungskosten von Wirtschaftsgütern im Sinne des § 7 des Einkommensteuergesetzes 1988, deren Verwendung oder Nutzung sich auf einen Zeitraum von mehr als einem Jahr erstreckt (abnutzbares Anlagevermögen) und die den Wert für geringwertige Wirtschaftsgüter nach § 13 des Einkommensteuergesetzes 1988 in der jeweils geltenden Fassung (derzeit EUR 800,- excl. USt.) überschreiten. Diese können lediglich in Höhe der Absetzung für Abnutzung gefördert werden. Nicht förderbar sind Abschreibungskosten für Gebäude.
- b. Ausgaben, Steuern und Abgaben, die an Dritte weiterverrechnet und damit nicht vom Projektträger getragen werden.
- c. Ausgaben, die nicht eindeutig dem Projekt oder der Zielsetzung des Vorhabens zurechenbar sind (z.B. Rechnungen, die auf eine andere Person/Institution lauten oder nicht vom Begünstigten bezahlt wurde sowie Kaffeegeschirr, Blumen, Geschenke, Alkoholika, Rauchwaren und Trinkgelder).
- d. Subaufträge, die die Kosten der Durchführung ohne erkennbaren Zusatznutzen für das Vorhaben erhöhen.
- e. Kalkulatorische Unternehmerlöhne.
- f. Maklergebühren und Provisionen.

- g. Repräsentationsausgaben und interne Arbeitsessen.
- h. Sollzinsen und sonstige Finanzierungskosten.
- i. Nicht bezahlte Rechnungen, Schadenersatzforderungen, Garantieleistungen, Skonti, Rabatte etc.
- j. erstattungsfähige Umsatzsteuer.
- k. Bußgelder und Geldstrafen.

6.1.8 Nicht förderbare Personalkosten

Von der Förderung ausgeschlossen sind folgende Ausgaben für Personalkostenanteile:

- a. Sozialleistungen aus familiären Anlässen (z.B. Hochzeitsgeld, Geburtengeld, etc.) oder Betriebsjubiläen.
- b. Erfolgsprämien, Jubiläumsgelder, Bilanzgelder und ähnliche Zulagen, auch wenn es der Kollektivvertrag ermöglichen würde (fehlende Projektrelevanz).
- c. Freiwillige Sozialleistungen, die nicht in dem, dem Dienstvertrag zu Grunde liegenden Kollektivvertrag festgeschrieben sind (Zulagen, Prämien und ähnliche Leistungen).
- d. Abfertigungsrückstellungen. Dienstverhältnisse, deren vertraglich vereinbarter Beginn nach dem 31.12.2002 liegt, unterliegen dem Betrieblichen Mitarbeitervorsorgegesetz.
- e. Zeiten von Mutterschutz, Karenz, Langzeitkrankenstände oder Präsenzdienst.
- f. Sachbezüge.
- g. Auszahlungen von Urlaubsabfindungen
- h. Zahlungen (gesetzliche und freiwillige) im Zuge der Auflösung von Dienstverhältnissen.

6.1.9 Nicht förderbare sonstige Kosten

Nicht förderbar sind weiters insbesondere Kosten, die nicht in unmittelbarem Zusammenhang mit dem geförderten Vorhaben stehen, wie z.B.:

- a. Aufwendungen für private Pensionsvorsorge.
- b. Kosten, die aus Kleinbetragsrechnungen unter EUR 150,00 (netto) resultieren.
- c. Freiwillige Sozialleistungen.
- d. jegliche in-kind-Leistungen.
- e. Kosten die vor Einlagen (Antragsdatum) des Förderungsantrages entstanden sind.
- f. routinemäßige Weiterentwicklungen bestehender Produkte, Dienstleistungen und Herstellungsverfahren.
- g. unspezifische Beratungsleistungen.

Förderungsmittel des Bundes dürfen nicht zur Bildung von Rücklagen oder Rückstellungen nach dem Einkommensteuergesetz 1988, BGBl. Nr. 400/1988, in der jeweils geltenden Fassung, verwendet werden.

7 Einreich-, Bewertungsverfahren, Auswahlkriterien

7.1 Einreichverfahren

Das Förderungsprogramm wird im Antragsverfahren nach dem Call-Prinzip durchgeführt. Die aws lädt auf ihrer Website (www.aws.at) zur Einreichung des Förderungsantrages ein. Dort werden allfällige Einreichstichtage bzw. Einreichfristen und die erforderlichen Unterlagen veröffentlicht.

Die Einreichung des Förderungsantrages kann ausschließlich über die elektronische Anwendung „aws Fördermanager“ erfolgen. Für die Einreichfrist maßgeblich ist das Absendedatum des Antrags im „aws Fördermanager“.

Unvollständige, nach Einreichstichtagen bzw. außerhalb der Einreichfristen eingebrachte Anträge können nicht berücksichtigt werden.

7.2 Bewertungsverfahren

Die Auswahl der geförderten Vorhaben erfolgt in einem zweistufigen Verfahren:

Stufe 1:

In einer Erstauswahl werden von der aws jene Vorhaben ausgewählt, welche den formellen Förderungskriterien sowie den grundsätzlichen nachfolgend angeführten Auswahlkriterien dieses Programmdokuments entsprechen. Positiv bewertete Vorhaben werden zum weiteren Auswahlprozess zugelassen. Jene Vorhaben, die diese nicht erfüllen, erhalten eine schriftliche Ablehnung mit der für die Entscheidung maßgeblichen Begründung.

Stufe 2:

Im nächsten Schritt präsentieren die vorausgewählten Förderungswerbenden die geplanten Vorhaben einer Jury. Diese bewertet die Vorhaben gemäß den nachfolgend angeführten Auswahlkriterien. Die Jury nimmt eine Auswahl in Form einer Reihung nach dem „Best of“-Prinzip vor. Die Jury kann ergänzend zur Reihung einzelne Vorhaben zur Ablehnung empfehlen. Die Jury übermittelt diese Ergebnisse als Vorschlag an die aws. Zum Juryverfahren kann von der aws eine ergänzende Geschäftsordnung erstellt werden.

Die Förderungsentscheidung fällt die aws.

Vorhaben, die gefördert werden, erhalten ein von aws ausgestelltes Förderungsangebot mit sämtlichen Auflagen und Bedingungen zur Förderung, welche von den Förderungswerbenden innerhalb von zwei Monaten ab Zusendung im „aws Fördermanager“ anzunehmen ist.

Vorhaben, die nicht gefördert werden, erhalten eine begründete schriftliche Ablehnung mit der für die Entscheidung maßgeblichen Begründung.

7.3 Auswahlkriterien

Zur Auswahl wird ein standardisiertes, gewichtetes Bewertungsschema mit den zu beurteilenden Teilbereichen angewendet:

Innovation (20 %)

- Klare und nachvollziehbare Darstellung des zu lösenden Problems
- Selbst entwickelte, international herausragende Innovation
- Existierende & zu überwindenden Risiken (technologisch, organisatorisch, wirtschaftlich)
- Schlüssiger experimenteller Charakter des Vorhabens

Wachstum (20 %)

- Nachvollziehbares monetäres Geschäftsmodell
- Klares nationales bzw. internationales Skalierungsmodell
- Nachvollziehbare und überzeugende Planrechnung
- Nachhaltiges Marktpotenzial

Vertrauenswürdige KI (30 %)

- Rechtliche relevante Rahmenbedingungen und deren Einhaltung nachvollziehbar dargestellt
- Ethische Herausforderungen und Lösungsansätze schlüssig dargestellt
- Technische und soziale Robustheit der KI als Designprinzip implementiert
- Vertrauenswürdige KI Eigenschaften während des Systemlebenszyklus beachtet

Umsetzung (30 %)

- Hohes Engagement und Risikobereitschaft der Förderungwerbenden
- Abdeckung der erforderlichen Schlüsselqualifikationen durch das Team
- Mindestens eine Person Vollzeit im Vorhaben
- Hohe Umsetzungs- und Kommerzialisierungschance

8 Auszahlung

Jedes Vorhaben wird durch ein Meilensteinkonzept beschrieben, das Teil des Förderungsvertrages ist. Die Auszahlung der Förderung erfolgt, so im Förderungsvertrag nicht anderslautend vereinbart, in drei Teilbeträgen.

Konkrete Bedingungen und Auflagen zur Kontrolle des Vorhabenfortschrittes anhand des Meilensteinkonzepts werden im Förderungsvertrag festgelegt. Vor jeder Auszahlung eines Teilbetrages ist die Erreichung der bis zu diesem Zeitpunkt vorgesehenen Meilensteine sowie die Erfüllung sonstiger Auflagen und Bedingungen nachzuweisen.

Der zahlenmäßige Nachweis über die Durchführung des Vorhabens ist durch einen Kostennachweis (durch Originalbelege nachweisbar) zu erbringen. In diesen Kostennachweis dürfen nur bezahlte Nettobeträge (d.h. nach allfälligem Abzug von Umsatzsteuer, angebotenen Skonti, Rabatten, Gutschriften, Bankspesen, offene Haftrücklässe etc.) aufgenommen werden.

Die Auszahlung von Teilbeträgen ist, außer bei der ersten Tranche, jeweils davon abhängig zu machen, dass ein entsprechender inhaltlicher Bericht und ein Kostennachweis über den jeweils bereits ausbezahlten Teilbetrag erbracht und von der aws stichprobenhaft kontrolliert worden ist.

Die Auszahlung von mindestens 10 Prozent des insgesamt zugesicherten Förderungsbetrages ist grundsätzlich erst nach erfolgter Abnahme des abschließenden Kostennachweises und des Endberichts zu allen im Förderungsvertrag vorgesehenen Kooperationsvorhaben vorzusehen.

Vor der Auszahlung des letzten Teilbetrages der Förderung sind jedenfalls vorzulegen:

- a. Kostennachweis (abschließender zahlenmäßiger Nachweis)
- b. Nachweis über die Erfüllung der mit dem Förderungsvertrag verbundenen Auflagen und Bedingungen (Endbericht).

Bei der Rechnungskontrolle wird ein Stichprobenverfahren angewendet. Teilauszahlungen bedeuten generell noch keine finale Anerkennung der abgerechneten Kosten. Die finale Anerkennung der abgerechneten Kosten erfolgt nach Prüfung der Endabrechnung.

Eine Abtretung, Anweisung, Verpfändung oder eine sonstige Verfügung der Ansprüche aus dem zugesagten Zuschuss ist nicht zulässig.

Für die Abrechnung und Berichte sind ausschließlich die von der aws aufgelegten Vorlagen zu verwenden. Diese sind mittels elektronischer Einreichung bei der Abwicklungsstelle einzureichen. Abrechnung und Berichte sind innerhalb von zwei Monaten nach Abschluss des jeweiligen Meilensteins bzw. des Vorhabens zu erbringen, so keine sonstigen Vereinbarungen getroffen wurden.

9 Geschlechtsdifferenzierte Erhebung personenbezogener Daten

Bei Einreichung eines Förderungsantrages ist von den Förderungswerbenden eine Aufstellung über die aktuelle Beschäftigungssituation (Stand an Vollzeitäquivalenten) im Unternehmen geschlechtsdifferenziert vorzulegen.

10 Indikatoren zur Prüfung der Zielerreichung

Insbesondere folgende Indikatoren können zum Monitoring und zur Evaluierung des gegenständlichen Programms herangezogen werden:

- Im Förderungszeitraum erzielte Wirkungen und in den drei Jahren nach dem Förderungszeitraum erwartete Wirkungen durch den Einsatz von vertrauenswürdiger KI
- geplante/tatsächliche Kosten des Vorhabens in EUR
- Gesamtkosten/geförderte Kosten des Vorhabens in EUR
- Größe des Projektteams (w/m)
- geschaffene Arbeitsplätze (w/m)
- Einschätzung über die Geschäftsentwicklung in den kommenden drei Jahren
- Bei Vorgründungsprojekten: Anzahl geplante Gründungen nach Projektabschluss.
- Bei bestehenden Unternehmen: Bereits erfolgte und geplante weitere Finanzierungen (z.B. Banken, Investoren, alternative Finanzierungsinstrumente, Förderungen, interne Finanzierungen)
- Anreizeffekte für den Arbeitsmarkt.

Die gegenständlichen Hauptindikatoren sind wie folgt zu detaillieren:

- nach Handlungsfeldern Energie, Umwelt- und Klimaschutz, Informations- und Kommunikationstechnologien, Produktion, Mobilität und Gesundheit
- nach Bundesländern
- nach Unternehmensphase (Vorgründungsphase, Gründungs- und Wachstumsphase, Expansionsphase)

11 Monitoring und Evaluierungskonzept

Für die Programmevaluierung wird von der aws ein entsprechendes Monitoring eingerichtet. Hierzu ist einmal pro Jahr von der aws ein Bericht zu erstellen, der z.B. die Outputs (z. B. Bundesland, Sektor, Förderungsquote, Anzahl der Förderfälle, ...) und die qualitativen Effekte beschreibt.

Es erfolgt ein Monitoring auf Ebene der geförderten Vorhaben. Das Monitoring erfolgt im Kontext der jährlichen aws Leistungsberichte und des jährlichen Reportings an die Nationalstiftung. Dabei ist auf eine geschlechtsdifferenzierte Erhebung der Daten zu achten. Die Monitoringberichte werden mit als Grundlage für die geplante Evaluierung dienen.

Am Ende des Förderungsprogramms ist eine Evaluierung geplant. Die Evaluierung des Förderungsprogramms erfolgt von der aws durch Vergabe an eine externe Expertinnen- und Expertenorganisation nach Maßgabe der zur Verfügung stehenden Mittel. Diese soll eine Analyse und Einschätzung des Programmdesigns, der Programmumsetzung und -durchführung sowie der erzielten Programmeffekte umfassen.

Um diese Datengewinnung für die Evaluierung zu ermöglichen, enthalten die Förderungsverträge eine entsprechende Auflage, in der sich die Förderungsnehmende zu einer späteren Datenbereitstellung verpflichten.

12 Öffentlichkeitsarbeit

Die aws wird Informationen zu geförderten Vorhaben unter Wahrung von Geschäfts- und Betriebsgeheimnissen veröffentlichen. Sie kann auch Dritte mit der Öffentlichkeitsarbeit betrauen.

Die Förderungswerbenden sind im Förderungsvertrag zu verpflichten, während des Vorhabenzeitraums im Außenauftritt (insbesondere Website, Präsentationen, Folder) im Zusammenhang mit dem Vorhaben auf die erhaltene Förderung wie folgt hinzuweisen: „... gefördert durch die aws, aus Mitteln der Nationalstiftung für Forschung, Technologie und Entwicklung (Österreich-Fonds)“.

13 Laufzeit des Programms

Das vorliegende Programmdokument tritt mit **01.04.2020 in Kraft** und gilt **bis 30.06.2023**.

Wien, 1. April 2020